

Das Jahr 1990 – der Weg zur deutschen Einheit mit der Feier der Einheit am 03. Oktober 1990

18. März 1990:

Die **Volkskammerwahl** vom 18. März 1990 stellte eine Zäsur in der Geschichte der DDR dar: Erstmals konnten sich die 12,2 Millionen Wahlberechtigten frei zwischen 19 Parteien und fünf Listenverbindungen entscheiden. Meinungsumfragen zufolge lag die SPD in der Wählergunst Anfang Februar noch mit 54 Prozent der Stimmen deutlich in Führung vor der PDS (der einstigen SED und heutigen Die Linke) mit 12 Prozent und der CDU mit 11 Prozent. Das Wahlergebnis sah dann aber völlig anders aus: Am 18. März stimmten 48 Prozent der Befragten für die Parteien der "Allianz für Deutschland" mit der CDU als stärkster Gruppierung. Die SPD kam nur auf 21,9 Prozent der Stimmen, gefolgt von der PDS mit 16,4 Prozent und der "Allianz freier Demokraten" mit 5,3 Prozent.

Das Ergebnis war ein unüberhörbarer Ruf nach rascher Wiedervereinigung und (sozialer) Marktwirtschaft sowie eine klare Zurückweisung jeder Form des Sozialismus. Die Wahlniederlage der SPD kam wohl vor allem deshalb zustande, da die Sozialdemokraten die drängenden Wiedervereinigungserwartungen vieler Ostdeutscher enttäuscht hatten. Der Wahlausgang bedeutete zugleich das faktische Ende der DDR.

Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit führte über die Zustimmung der **Siegermächte des Zweiten Weltkriegs** (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion): Seit dem **5. Mai 1990** berieten in den so genannten [Zwei-plus-Vier-Gesprächen](#) die Außenminister der vier Siegermächte zusammen mit ihren Kollegen aus den beiden deutschen Staaten über die Ablösung der Rechte der Alliierten sowie die Haltung der Sowjetunion zur Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands.

18. Mai 1990:

Am 18. Mai 1990 wurde der [Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion](#) zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet, obgleich viele Wirtschaftsexperten vor den negativen Folgen für die marode DDR-Wirtschaft warnten. Die DDR übernahm ab dem 1. Juli 1990 große Teile der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik, die D-Mark wurde das einzige Zahlungsmittel in der DDR. Damit war die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik praktisch vollzogen.

Der sowjetische Präsident **Michail Gorbatschow** erteilte überraschend nach Gesprächen am **15. und 16. Juli 1990** mit Bundeskanzler **Helmut Kohl** seine Zustimmung zur Deutschen Einheit. Der Durchbruch der Gespräche wurde am 16. Juli 1990 erzielt: Zum Zeitpunkt der Vereinigung soll Deutschland „seine volle und uneingeschränkte Souveränität“ erhalten. Mit Gorbatschows Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands fällt das letzte Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Einigungsvertrag

31. August 1990:

Am 31. August 1990 unterzeichneten die beiden Verhandlungsführer Innenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause den "Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands".

[Einigungsvertrag](#)

DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière bezeichnete den von beiden deutschen Regierungen ausgehandelten Vertrag im Anschluss als einen "Erfolg für die Demokratie".

In neun Kapiteln und 45 Artikeln regelt das Vertragswerk auf rund 1.000 Seiten die Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. Zum

Einigungsvertrag gehören neben dem eigentlichen Vertragstext ein Protokoll und drei Anlagen. Der Einigungsvertrag enthält sechs Änderungen des Grundgesetzes und regelt detailliert die mit dem Beitritt verbundenen Rechtsfragen. Sein Inhalt ist geltendes Bundesrecht.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde damit auf das bisherige Gebiet der DDR ausgedehnt. Aus den 14 DDR-Bezirken wurden die fünf neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebildet. Die 23 Bezirke von Berlin wurden zum Land Berlin zusammengelegt, das zugleich als Hauptstadt des vereinten Deutschlands bestimmt wurde. Die Bundesrepublik übernimmt das DDR-Vermögen und haftet für die Schulden.

12. September 1990:

Zwei plus vier Vertrag

Schon am 12. September 1990 unterzeichnen die sechs Außenminister in Moskau den [Zwei-plus-Vier-Vertrag](#), mit dem die USA, die ehemalige Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich dem vereinigten Deutschland die volle Souveränität gewährten. Der Vertrag regelte in zehn Artikeln die außenpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung und kam damit einer Art Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten gleich. Das Ergebnis war die Wiedererlangung der "vollen Souveränität Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten". Unter anderem wurde auf die polnische Forderung hin die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze in das völkerrechtlich verbindliche Abschlussdokument aufgenommen. Am 20. September 1990 stimmen die beiden deutschen Parlamente Volkskammer und Bundestag dem Einigungsvertrag zu: die Abgeordneten der Volkskammer mit 299 von 380 Stimmen, die des Bundestags mit 442 von 492 Stimmen. Am folgenden Tag stimmte der Bundesrat dem Vertragswerk einstimmig zu. Der Einigungsvertrag wurde durch den Bundespräsidenten am 23. September 1990 ratifiziert.

Mit dem Einigungsvertrag endete ein einmaliger Prozess: Ein Staat löste sich friedlich und demokratisch selbst auf. Am **3. Oktober 1990**, nach 45 Jahren, waren die Bundesrepublik und die DDR wieder vereinigt.

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung-Baden-Württemberg, Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart